

Mittheilungen der Breslauer Zeitung für den Monat Januar 1878.

Nr. 6. Mittwoch-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Aufladen u. erneut alle Post. Anfalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonnt. einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Freitag, den 4. Januar 1878.

Deutschland.
Berlin, 3. Jan. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser hat den Geheimen Ober-Regierung-Rath und vortragenden Rath im Reichskanzler-Amt Dr. von Möller zum Vorsitzenden des Ober-Seeamts ernannt.

Dem Kaufmann Robert Gödeke zu Königswberg ist Namens des Deutschen Reiches das Exequatur als Königlich dänischer Consul daselbst ertheilt worden.

Se. Majestät der König hat den Appellationsgerichts-Rath Schmedes zu Bremen an das Appellationsgericht in Naumburg a. S. versetzt, sowie den Kreisgerichts-Rath Dorendorf in Quedlinburg zum Appellationsgerichts-Rath bei dem Appellationsgericht in Marienwerder, den Kreisgerichts-Rath Brohm in Halberstadt zum Appellationsgerichts-Rath bei dem Appellationsgericht in Marienwerder, den Kreisgerichts-Rath Suppes in Dillenburg zum Appellationsgerichts-Rath bei dem Appellationsgericht in Bremen, und den Stadtgerichts-Rath Engländer in Breslau zum Appellationsgerichts-Rath bei dem Appellationsgericht in Marienwerder ernannt.

Se. Maj. der König hat den Kammergerichtsrath Schröder zu Berlin zum stellvertretenden richterlichen Mitgliede des Bezirks-Berwaltungsgerichts für den Stadtkreis Berlin auf die Dauer seines Hauptamtes am Ende dieses Berwaltungsgerichts ernannt; in Folge der von dem Stadtvorordneten-Verband zu Anklam getroffenen Wahl des seitherigen Stadtrath Klix zu Guben als besoldeten Beigeordneten der Stadt Anklam für die gesetzliche Amts-dauer von zwölf Jahren bestätigt; sowie dem Kaufmann und vormaligen unbefoldeten Stadtrath August Lindner zu Breslau den Charakter als Commerzien-Rath verliehen. (Reichsanzeiger)

○ Berlin, 3. Jan. [Die Minister-Frage. — Handelsvertrags-Verhandlungen mit Österreich. — Hilfsräte.] Die noch vor wenigen Tagen mit so großer Lebhaftigkeit in Umlauf gesetzten Gerüchte über beabsichtigte Personaländerungen in den höchsten Staatsämtern fangen an zu verstummen. Dagegen sieht man den Stillstand dieser vorausgesetzten Absichten nur als einstweilig an und sucht dafür Erklärungen, welche sehr irrtümlich sind. Es wird in einer Berliner Correspondenz eines Hamburger Blattes versichert, die Personalfrage hätte bisher zurücktreten müssen, so lange es dem Reichskanzler nicht gelungen, die bei dem Kaiser bestehende Abneigung gegen die Berufung parlamentarisch hervorragender Personen auf Ministerposten zu beseitigen. Die Verhandlungen des Reichskanzlers mit dem kaiserlichen Hof hätten daher bis zu der an Herrn von Bemmigk gerichteten Einladung keinen weiteren Zweck verfolgt, als den, jene allgemeine Abneigung zu beseitigen. Es kann versichert werden, daß diese Erklärung jeder thatsächlichen Unterlage entbehrt; es haben derartige Erörterungen an Alerhöchster Stelle bis jetzt nicht stattgefunden. Ebenso unwahr ist es, daß die Anwesenheit des Grafen Lehndorf in Barzin mit diesen Dingen im Zusammenhang gestanden habe; Graf Lehndorf, dessen freundschaftliche Beziehungen zur Familie des Fürsten Bismarck bekannt sind, war lediglich zu einem Privatbesuch in Barzin. — Über die aus Wiener Blättern stammende und in Berliner Organe übergegangenen Nachrichten, welche den Beginn der Verhandlungen behufs Erneuerung des Handelsvertrages mit Österreich für den Monat Januar in Aussicht stellen und sogar die Namen der österreichisch-ungarischen Bevollmächtigten nennen, sind wir in der Lage, aus zuverlässiger Quelle zu melden, daß im Berlin an mäßigender Stelle von solchen Schritten noch gar nichts bekannt ist. — Unsere Notiz, daß Herr M. Maria v. Weber zur Beschäftigung in die Regierung gezogen werden sollte, ist von Wien aus dahin erweitert worden, daß der Genannte als vortragender Rath in das Handels-Ministerium berufen sei, oder daß diese Berufung in Aussicht stehe. Die ganze Mittheilung jedoch ist ohne thatsächlichen Anhalt. — Der Cultusminister hat die höheren Lehranstalten auf die im Ersten Begriffene kritische Gesamtausgabe der Werke Herder's (von Say-hahn) aufmerksam gemacht und dieselbe zur Anschaffung empfohlen. — Von beachtenswerther Seite ist als wünschenswerte bezeichnet worden, daß den jungen Aerzten Gelegenheit geboten werde, während eines längeren Zeitraumes in größeren Kranken-Anstalten als Hilfs-Aerzte thätig zu sein. Es ist dabei die Ansicht ausgesprochen worden, daß die Krankenhäuser durch Anstellung von solchen Volontären, da Wohnungsgewähr dabei nicht nötig sei, keine Belastung übernehmen, wohl aber Vorstell daran haben würden. Der Cultusminister hat dieser Anregung soweit Folge gegeben, daß er die sämmtlichen Regierungen und Landdrosteien veranlaßt, die Vorstände sämmtlicher Krankenhäuser darauf aufmerksam zu machen und zu fragen, ob und unter welchen Modalitäten sie solche ärztliche Hilfsarbeiter zuzulassen bereit sind. — In Bezug auf die Entschädigung der Geistlichen für Aussfälle an den Stolgebühren hat der Cultusminister neuerdings versagt, daß die nach dem Gesetz vom 9ten März 1874 den Geistlichen gebührende Entschädigung für Aussfälle an Stolgebühren bis zum Erlass des 1874 vorgesehenen weiteren Gesetzes von Jahr zu Jahr zu liquidiiren und festzusetzen seien, ohne daß es einer erneuten Anordnung bedarf.

■ Berlin, 3. Jan. [Die englische Friedensvermittlung und Deutschland. — Der Rest der Landtagssession. — Bergwerkssteuer. — Aufhebung des Brückengeldes. — Staats-Socialist. —] Nach den uns zugehenden Mittheilungen, die auf hiesige diplomatische Kreise zurückzuführen sind, behandelt Fürst Bismarck die englische Vermittlung keineswegs geringfügig und zurückweisend, wie offiziell Ausslassungen vermuten lassen. Bisher ist von deutscher Seite nichts geschehen, um die Annahme zu rechtfertigen, daß Prinz Reuß instruiert worden wäre, dem Sultan zu raten, einen Specialbevollmächtigten nach Petersburg mit solchen Friedensbedingungen zu senden, die unbekümmert um die Interessen Englands nur jene der Türkei zu wahren hätten. Dieses Dementi stimmt jedenfalls mit der Orientpolitik Bismarcks überein, welche sich seit den kriegerischen Vorgängen in correcten Grenzen bewegte. Man sagt uns, daß seither die russischen Klagen vergeblich an das Ohr Kaiser Wilhelms gelangten, die dahin gingen, der deutsche Kanzler spiele mit den englischen Staatsmännern unter einer Decke. Diese Insinuation wurde zurückgewiesen, aber man hat sich in der Umgebung des hiesigen auswärtigen Amtes nicht verhehlt, daß Englands Friedensbemühungen zur gelegenen Zeit verhindert haben, die neutrale Politik Deutschlands auf die abhängige Bahn der direkten diplomatischen Einmischung zu drängen. So stehen die Dinge noch in diesem Augenblicke. Was sich in Wien an englischen Einflüssen geltend macht, um den türkischen Concessions einen günstigen Boden in Russland zu verschaffen, das hat seinen Drahtweg durch die hiesige englische Botschaft über Barzin gewonnen. Dies widerlegt am Besten, daß die sog. sogenannten Friedensverhandlungen des Cabinets von St. James hier eine unfreundliche Annahme gefunden haben. Auf der hiesigen englischen Botschaft findet man es

deshalb unerklärlich, wenn sich russische Organe rühmen, der deutschen Allianz im Falle einer britischen Intervention im Orient sicher zu sein. Sollten bis zum Frühjahr die orientalischen Verwicklungen eine über den localistischen Krieg hinausgehende Bedeutung erhalten, so ist es gewiß, daß hier die Rücksicht auf Österreich-Ungarn in erster Linie die Festhaltung der Stipulationen des Dreikaiserbündnis gebietet.

Am Dienstag tritt das Abgeordnetenhaus wieder zusammen. Daß auf den vorhergehenden Tag bereits eine Sitzung der Wegeordnungs-Kommission anberaumt worden wäre, ist schon von zuständiger Seite bestätigt worden. In Wahrheit hat man auch alle Hoffnung auf einen Zustandekommen dieses Gesetzes sowohl, wie der Städteordnungswelle ausgegeben. Was die Communalsteuer-Vorlage betrifft, so haben vorrangige nationalliberale Abgeordnete ihren Freunden und Wählern in den Provinzen bei gelegentlicher Versammlung während der Ferien davon abgeraten, jetzt noch mit Eingaben und Petitionen das Abgeordnetenhaus zu bestürmen, unter der ausdrücklichen Motivierung, es sei keinem Zweifel unterworfen, daß der Entwurf jetzt nicht zum Gesetze werde und kaum zur Berücksichtigung an das Plenum gelange.

Bei dieser Sachlage ist man auch auf allen Seiten des Hauses darüber einverstanden, daß die hauptsächliche Thätigkeit während des Restes der Session auf die Durcharbeitung des Ausführungsgesetzes zur Justizorganisation gerichtet werden muß. Es konnte einen Augenblick scheinen, als ob die lebhafte Bewegung, welche durch die Neuordnung der Gerichts- und Bezirke unvergänglich im Lande hervorgerufen war und sich durch zahllose Petitionen und Deputationen äußerte, auch die Abgeordneten über die größere Wichtigkeit der zweiten Vorlage, deren Beratung jetzt noch aussteht, hätte hinwegsehen lassen. Indes mehren sich jetzt auch in der Presse die Stimmen,

welche gerade den hier zu behandelnden Gegenständen die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden empfehlen, und in Abgeordnetenkreisen macht sich immer mehr die vom Abg. Lasker gleich anfänglich betonte Meinung geltend, daß in dem Ausführungsgesetze, je nachdem man es gestalte, der späteren Rechtspflege viel geschadet und viel genutzt werden könnte. Als eine Frage, die noch sorgfältig erwogen sein will, wird gegenwärtig jene der commissarischen Beschäftigung von Gerichts-Abgeordneten und als ein Postulat der von allen Seiten anzuerkennenden Unabhängigkeit der Richter wird gefordert, daß nur definitiv angestellte richterliche Beamte zur Ausübung des Richteramts berufen werden. — Die preußischen Bergwerks-Besitzer würden sich einer Illusion hingeben, wenn sie glauben wollten, daß bezüglich der Bergwerkssteuer in der nächsten Zeit eine irgendwie erhebliche, den Bergbau entlastende Aenderung zu hoffen wäre. Die Mitglieder der Gruppe des Abgeordnetenhauses für den Berg- und Hüttentat haben kurz vor den Weihnachtsferien über die bekannte Petition mit den Regierungs-Commissionen eingehende Beratungen gewlossen, ohne die geringste Hoffnung zu erlangen, daß die Staatsverwaltung auf die siegreiche Bergwerkssteuer verzichten oder dieselbe herabmindern werde.

Innerhalb der Gruppe selbst machte man von Seiten der Vertreter der östlichen Provinzen gegen die Forderungen der Petenten geltend, daß mit demselben Recht auch die Grundbesitzer die Besetzung der Grundstücker verlangen könnten. — Bisher hat sich der Finanzminister geweigert, auf den wiederholten Antrag des Abgeordnetenhauses einzugehen und das Brückengeld bei den fiskalischen Brücken zu beseitigen. Nun verlautet von einer Ruhrbrücke bei Hattingen, daß dort am Sylvesternabend in später Stunde der telegraphische Befehl eingetroffen sei,

von 12 Uhr Nachts an kein Brückengeld mehr zu erheben. Man muß abwarten, ob man es hier nur mit einem Einzelfalle zu thun hat, oder ob die Regierung wirklich geneigt ist, auf die Einnahme aus dem Brückengeld zu verzichten. Wenn es sich freilich um eine vom 1. Januar ab von der Provinz zu übernehmende Brücke handeln sollte, was aus der undeutlichen Mittheilung der Blätter nicht ersichtlich ist, so wäre der Finanzminister von dem Verdachte, dem Wunsche des Publikums und des Landtags nachgeben zu wollen, vollständig gereinigt. — Seit länger als einer Woche hieß es hier, die neue Staats-socialisten-Partei beabsichtige, heute Abend eine Volksversammlung abzuhalten, in welcher einer der Begründer einen Vortrag halten werde. Die Socialdemokraten waren nach einer Anzeige in der heutigen Nummer ihres Organs schon gewappnet, die Versammlung zu sprengen. Verständigerweise scheint aber der Plan der Staatsocialisten wieder aufgegeben zu sein. Wenigstens enthalten weder die heutigen Blätter, noch die Anschlagsäulen Ankündigungen.

△ Berlin, 3. Jan. [Franz Hausmann +.] Die deutsche Fortschrittspartei hat am vorletzten Tage des alten Jahres noch einen schweren Verlust erlitten. Der Tod hat wieder einen jener alten sturm-exprobten Demokraten von 1848 fortgerafft, die den parlamentarischen Fractionen zur Zierde gereichen; einen jener Männer, die durch ihr stetiges geräuschloses Wirken im Dienst des Vaterlandes sich von Freund und Feind die Anerkennung erkämpft haben. Der Reichstagsabgeordnete für Lippe, der Stadtrichter Franz Hausmann von Horn, ist plötzlich dem Herzleiden erlegen, welches ihm schon seit Jahren die Annahme des Mandats außerordentlich erschwerte. Immer wieder trat er in den Wahlkampf ein, sobald er sich überzeugte, daß nur durch ihn der deutsche Fortschrittspartei der Reichstagssitz für Lippe sicher erhalten würde, und stets saß trotz Krankheit und Geschäftsaufhäufung der unscheinbare Mann in dem altmodischen Rock auf seinem Platze, wenn der Telegraph eine wichtige Abstimmung angekündigte hatte. Daß der Verfassungskampf, den das Fürstenthum Lippe seit 30 Jahren führt, vorzugsweise auf den Schultern des Verstorbenen ruhte, und wie es diesem möglich wurde, ohne besondere Redegabe das unbedingte Vertrauen der Bevölkerung zu erwerben, weil sein klarer Verstand, seine redliche Gesinnung, seine rücksichtlose Energie in einer langen Reihe von Jahren unter den schwierigsten Verhältnissen erprobten waren, das hat im vorigen Jahre ein Landsmann und Freund H. S., Karl Boltzhausen, in der „Gartenlaube“ dem deutschen Volke erzählt (S. 283 und 552) und dabei zum Schluß auch die Sorgen berichtet, die der Verstorbene über den Ausfall der damals bevorstehenden Landtagswahlen nach dem ungeeignet erlassenen Dreiklassen-Wahlgesetz hegte. Wer sich eingehender über die für das deutsche Reich nicht eben ehrenvolle Geschichte des Lipperischen Verfassungskampfes unterrichten will, findet über die Zeit bis 1864 im Rottefels'schen Staatslexikon einen längeren Aufsatz Hausmann's.

Anonym erschien früher von ihm ein sehr gehärrnischer Aufsatz „Geschichte eines kleinen Staates“ im zweiten Bande der „Demokratischen Studien“, den 1861 Ludwig Walesrode unter Mitwirkung von

Bamberger, Moritz Hartmann, F. Kapp, Lassalle, Oppenheim, Arn. Ruge, Rüstow, Ludwig Simon, also der damaligen äußersten Demokratie herausgab. Hausmann schloß hier: „Lippe ist ein widerstandsloses und hoffnungsloses Opfer der Reaction, es ist nichts als ein Asyl der Mantuaer-Raumer-Sipplichkeit. Wie lange wird Deutschland dieser Sippe die bequeme Freistätte lassen?“

Damals war noch als Nachfolger Hannibal Fischer's der frühere Regierung-Asseessor Herr v. Dreibach „der Raumer des Fürstenhums.“ Er ist wieder zurückgetreten und wurde von dem vormaligen Landrat v. Flottwell abgelöst, der „seiner Stadtrichter von Horn Reichstage seiner Ingrimm gegen den“ und Hoverbeck darüber gründlich abtötigten. Herz nannte seine Worte „eine Pflicht des Reichstages dafür zu sorgen, daß ein solcher erbärmlicher gesetzloser und verfassungswidriger Zustand“, wie er in Mecklenburg und in Lippe-Detmold herrsche, „endlich einmal aufhört“. Der Reichstag nahm damals mit 174 gegen 62 Stimmen den zur Abhilfe vorgelegten Gesetzentwurf, betreffend die Volksvertretung in den Bundesstaaten, an. Freilich sind die Verfassungskämpfe in beiden Ländern auch heute noch nicht beendet.

* Berlin, 4. Jan. [Der Situations-Artikel der „Provinzial-Correspondenz“] Der bereits telegraphisch signalisierte Artikel der „Prov. Corresp.“ gibt zuerst einen Rückblick auf das Jahr 1877, führt dann die Bedingungen und Sorgen dieses Jahres aus und hebt dann die mehr erfreuliche Seite der Begebenheiten hervor. Nachdem das Blatt der Reisen des Kaisers im Reichsland und am Rhein gedacht, fährt es fort:

Vor Allem aber hat sich in dem Jahre 1877 die Stellung des Deutschen Reiches inmitten der großen Weltreignisse auf glänzende Weise bewährt. Der Politik, welche seit der Gründung des Reiches klar und offen verklärt worden ist, und welche ihren gewichtigsten Ausdruck in der Drei-Kaiser-Vereinigung gefunden hat, ist es vor Allem zu danken, daß die orientalische Frage, von deren Anregung man früher jeder Zeit den Beginn eines Weltkrieges erwartete, zunächst auf den Kampf der unmittelbar beteiligten Mächte beschränkt geblieben ist, und daß bisher die Hoffnung berechtigt erscheint, daß dieselbe einer Lösung ohne weitere kriegerische Verwicklungen in Europa entgegengeführt werden kann. Der deutschen Politik ist dabei vermöge der unbefangenen Stellung Deutschlands zu den orientalischen Angelegenheiten vielfach die ebenso schwierige, wie bedeutungsvolle Aufgabe vertraulicher Vermittelung zwischen den ihm befreundeten Mächten zugefallen. Auf den bisherigen Erfolg dieser Friedenspolitik inmitten eines gewaltigen Krieges darf das deutsche Volk mit gerechter Befriedigung blicken, und schon deshalb sollte man das Jahr 1877 vom patriotisch-politischen Standpunkt nicht gar so gering achten, — und sollte jerner nicht vergessen, daß der Staatsmann, dessen Führung das deutsche Volk mit Bewunderung und mit Vertrauen folgt, trog seiner Beurlaubung die Fäden der großen Politik unablässig in seiner sicheren, festen Hand hält.

Aber auch in der inneren Politik ist kein Grund zum Kleinmuth und zum Schwarzenen. In der Fortführung der großen inneren Aufgaben ist nicht, wie man vielfach befürchtet, eine Zeit des Stillstandes oder der Umkehr eingetreten, sondern nur eine Zeit praktischer Umschau und Sammlung zu neuem, zuversichtlicherem Vorgehen.

Auf dem Gebiete des kirchlichen Kampfes sind in letzter Zeit die ersten Anzeichen hervorgetreten, daß allmäßige Stimmungen zur Gelung gelangen, welche nicht mehr auf die Stärkung des grundästhetischen Widerstreits zielen, sondern die Möglichkeit von Lösungen auf dem Boden der unabsehbaren staatlichen Gesetzgebung in Aussicht nehmen. Es wird abzuwarten sein, ob die guten Keime, welche das Jahr 1877 in dieser Beziehung hinterlassen.

Was endlich die Beurteilung betrifft, welche sich in den politischen Kreisen fort und fort an die Abwesenheit des Reichskanzlers knüpft, so tritt doch immer die Gewissheit hervor, daß derselbe auch in der Zeit seiner äußersten Enthaltung von der unmittelbaren Teilnahme an den laufenden Geschäften doch in unablässiger Sorge für Preußen und das Deutsche Reich, die Voraussetzungen zu erwägen und zu verwirklichen bedacht ist, unter denen eine weitere gedeihliche innere Entwicklung in volkischer und wirtschaftlicher Beziehung durch ein harmonisches Zusammenspielen der öffentlichen Gewalten in Preußen und im Reich und durch eine wahrhaft vertrauliche Gemeinschaft zwischen der Regierung und der Volksvertretung zu sichern ist.

* Berlin, 4. Jan. [Socialpolitische Vorlagen für den Reichstag.] Die „R.-Btg.“ schreibt: „Dem Bundesrat werden in Kürze zwei auf die Gewerbeordnung bezügliche Gesetzentwürfe vorgelegt werden. Der erste dieser Entwürfe, welcher den Titel VII. der Gewerbeordnung zu ersezten bestimmt ist, regelt die Verhältnisse der gewerblichen Arbeiter (Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge und Fabrikarbeiter) zu den Arbeitgebern; er behandelt insbesondere, mit Rücksicht auf die in der vorigen Reichstagsession laut gewordenen Wünsche, das Lehrverhältnis und die Frage der Arbeitslöhne. Auch die Vorchriften der Gewerbeordnung über die Kinderarbeit in den Fabriken werden theilsweise abgeändert. Während sich dieser Entwurf vorzugsweise auf dem Gebiete des materiellen Rechts bewegt, hat der zweite Entwurf die Behandlung der aus dem Arbeitsverhältnis entspringenden Streitigkeiten zum Gegenstand; er enthält in Aussführung des § 108 der Gewerbeordnung Bestimmungen über die Errichtung von Gewerbe-Gerichten und über das Verfahren vor denselben.“

[Marine.] Briefsendungen für Er. M. Schiff „Medusa“ sind vom 4. d. Mts. ab bis auf Weiteres nach Curaçao zu dirigieren. — Sz. M. Glatz-de-Corvette „Augusta“ 10 Geschw. Commandant Corv.-Capitän Hassenpflug, hat Sidney am 15. September 1877, Nachmittags verlassen und ist am 4. October vor Nukualofa auf den Tonga-Inseln zu Ankunft gegangen.

Schweiz.

Bern, 27. Decbr. [Nachtragssubvention für die Gotthardbahn. — Melegart. — Von der Universität.] Die Regierung des Kantons Zürich, schreibt man der „R. B.“, wird, gleich wie dies von der Regierung des Kantons Basel-Stadt bereits dem dortigen Grossen Rathe gegenüber geschehen ist, dem Zürcher Kantonsrath die Beilegung an einer weiteren Subvention der Gotthardbahn ebenfalls empfehlen. Sie wird zu diesem Zwecke eine Summe von 1,200,000 Fr. beantragen, an welche die Stadt Zürich mit den Auzengemeinden 200,000 Fr. leisten soll. Unter den Bedingungen, welche sie an die Gewährung dieses Zuschusses knüpft, befindet sich namentlich der Ausschluß von Disserenzialzügen. Daß der Kantonsrath den Regierungsantrag genehmigen werde, ist, da die Stimmung für das Gotthardbahn-Unternehmen im Kanton Zürich durchweg eine günstige, wohl unzweifelhaft. Inzwischen hat auch der Verwaltungsrath der schweizerischen Centralbahn einen wichtigen Beschluß gefasst, indem er zu der der Gotthardbahn zugedachten Nachtragssubvention und gleichzeitig auch dem Betriebs- und Anschlußvertrag mit der Jura-Bern-Luzern-Bahn seine Genehmigung ertheilte. — Daß Senator

